

Die Wohnungsfürsorge des Staates.

Unter Landtagsabgeordneter Herr Delleus hat in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 7. d. M., bei der Beratung des Gesetzentwerfes betr. die Bewilligung neuer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern...

Meine Herren, der preussische Staat hat in der Wohnungsfürsorge für seine unteren Beamten und Arbeiter sehr Erhebliches geleistet. Wenn zu den 158 Mill. M., die bisher dafür ausgegeben worden sind, jetzt neue 15 Millionen hinzukommen...

Es ist ja nun ganz selbstverständlich, daß die preussische Eisenbahnverwaltung als größter Arbeitgeber in erster Linie in Frage gekommen ist. Die Zahlen, die in der Denkschrift niedergelegt worden sind, welche im vorigen Jahre Seiner Majestät dem Könige erstattet worden ist...

Wir legen ja immer den größten Wert darauf, daß bei dieser Wohnungsfürsorge möglichst, namentlich auf dem Lande, Einfamilienhäuser...

oder, wenn es nicht anders geht, Zweifamilienhäuser errichtet werden, und daß man ferner den Wohnungsinhabern die Möglichkeit geben müge, noch ein kleines Stübchen Garten für eigen zu nehmen.

Nun, meine Herren, ist man ja in Preußen überhaupt geübt, auch Dienstgebäude, Mietwohnungen für höhere Beamte zu errichten. Das scheint mir in manchen Städten aber etwas weit über das Bedürfnis hinaus gegangen zu sein.

Das königliche Schloss in Halle

heißt — und zwar mit ziemlich erheblichen Aufwendungen seitens des Staates, obgleich nach dem übereinstimmenden Urteil maßgebender Personen und des Hausbesitzvereins eigentlich kein Anlaß dazu vorgelegen hat...

Nun, meine Herren, ich habe an diesem Beispiel nur zeigen wollen, daß es doch jedenfalls nicht gerechtfertigt ist, wenn man hier Ausnahmen macht.

Meine Herren, die Unterbeamten kommen natürlich bei der Wohnungsfürsorge in erster Linie in Frage.

Gerade sie mit ihrem geringen Einkommen. Es sind uns aber schon bei den Klagen gegangen, daß vielfach der Mietpreis für die Wohnungen der Unterbeamten zu hoch sei. So wird uns z. B. am Bischofshof bei Mainz mitgeteilt, daß dort die mittleren Beamten beispielsweise für eine mittlere Wohnung 450 Mark bezahlen müssen...

ein Hausbesitzer seinen Mietern gegenüber anders behandeln müssen, als es der Staat jetzt tut.

Auch der Abschluß der Mietverträge läßt oft sehr viel zu wünschen übrig. Hier, meinen wir, sollte man die Nebenkosten des Staates nun nicht den Mietern auferlegen...

Nun, meine Herren, hat es uns mit Freude erfüllt, daß es in dem Bericht zu diesem Gesetzentwurf, es habe sich die Rentengutsbildung für die Arbeiter sehr gut bewährt und man wolle weiter auf diesem Gebiete forsjahren.

Es ist erfreulich, daß man sich entschlossen hat, mehr Baubetriebe zum Bau von Einfamilienhäusern zu ziehen. Wir bezühen auch das, was erlauben uns nur, daß in diesen Bestimmungen eine Klausel enthalten ist...

Die Unterfütterung gerade dieses Kleinwohnungswesens scheint uns deshalb auch von besonderer Bedeutung zu sein, weil dadurch niemand eine Konkurrenz gefürchtet wird.

Die Konkurrenz der Baugenossenschaften

und die staatliche Konkurrenz beim Wohnungsbau geklagt. Das kommt natürlich sehr in Frage, denn die ländlichen Verhältnisse scheiden da von vornherein aus.

Meine Herren, an sich führt ja der Staat nur in sehr geringem Umfange im Verhältnis zu den großen Summen, die bereit gestellt sind, Bauten aus.

Wir fordern vor allem, daß man überall, wo Baugenossenschaften mit Staatsgeldern unterfüttert werden, auch die Bedürfnisfrage genau prüfen sollte. Das scheint nicht immer der Fall gewesen zu sein; denn wir sehen, daß sich in manchen Städten Baugenossenschaften gebildet haben, wo ein Wohnungsmangel tatsächlich vorhanden ist...

Die zweiten Hypotheken,

bekommen können, daß sie mit Steuern und Lasten immer mehr bepackt werden, und sie wahrscheinlich auch jetzt wieder bei der einmaligen Vermögensabgabe ein sehr erkleckliches Stümmchen besonders werden aufräumen müssen.

Deshalb, meine Herren, möchte ich an die Staatsregierung die Bitte richten, über die Berechtigung dieser Gelder möglichst scharfe Bestimmungen aufzustellen und genau zu prüfen, ob ein Bedürfnis vorliegt, und erst wenn die Berechtigung der Mittel abhänig zu machen.

Vor allen Dingen aber möchte ich darauf hinweisen, daß ja doch diese ganze Wohnungssekulierung unter dem Grundgedanken einleitet ist, diese Wohnungen nur für aerger bedürftige Staatsbeamte und Arbeiter zu schaffen.

bekalten find. Das ist dadurch möglich geworden, daß man verschiedene Wohnungen von mittleren und unteren Beamten aus einer Wohnung zusammengelegt und dadurch größere Wohnungen geschaffen hat.

Wichtig liegen die Bedürfnisse in Minden (Westfalen). Aus Minden (Westfalen) wird mir mitgeteilt — und zwar geht das nicht vom Hausbesitzer aus, sondern von 300 Beamten, die selber Hausbesitzer sind —, daß dort ein Baugenossenschaftsverein bestände, der erheblichem Widerspruch auch in der Baugenossenschaft begegnete, weil dort über Gebühr gebaut wird, und eine Menge von leerstehenden Wohnungen in der Stadt Minden vorhanden seien.

eine sehr wohnhabende Familienmitte

eine Wohnung dieses Baugenossenschaftsvereins inne hat, und daß eine größere Zahl von Beamten dort wohnen, die Gehälter von 5000 und über 5000 Mark beziehen. Es geht aus der Zusammenstellung weiter hervor, daß mittlere Beamte zu einem erheblichen Teil Wohnungen von Unterbeamten gemietet haben, trotzdem Unterbeamte in genügender Zahl Anspruch auf Wohnungen erheben.

Wir ist wohl allgemein bekannt geworden, daß jetzt ein gewisser Anstich auch in dem größten Baugenossenschaftsverein, in dem Baugenossenschaftsverein der Stadt Berlin, eingetreten ist.

Rum möchte ich noch einige Worte an die Baugenossenschaften richten, die keine staatliche Unterfütterung beziehen. Ich habe mich schon lange eingehend mit diesen Dingen beschäftigt und ich möchte wünschen, daß auch diese Baugenossenschaften nur dann an dem Bau von Wohnungen herangehen, wenn wirklich ein Bedürfnis vorhanden ist.

Ich habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß bei Vereinerung der Gelder an die Baugenossenschaften ein wichtiges Mittel in der Hand hat, um auch dem Handwerkerland eine gewisse Hebung zuteil werden zu lassen, seinen Wünschen entgegenzukommen.

in einer Zeit der Geldknappheit.

Ich komme zum Schluß. Ich will dankend anerkennen, daß die Gesetze gegenrechtig gewirkt haben; sie werden auch weiter gegenrechtig wirken, wenn sie vernünftig und loyal angewendet werden, das heißt, wenn man auch den anderen Berufen gegenüber, es am bedauerlichsten nicht fehlen läßt.

Vermischtes.

Ein Zivilveteran aus großer Zeit.

M. p. In Berlin ist jenseit, fünfundsachtzigjährig, der Kommerzienrat Philipp Ellan verstorben. Wäre ihm ein Gedicht — so schreibt uns ein alter Kanalarbeiter — ein Eidi Seeresgeschichts basin. In den festerigen und achtziger Jahren gab es in ganz Deutschland keinen Bekannteren nach





